# Riesaer Tageblatt

## und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 91. Montag, 20. April 1931, abends. 84. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.


## Das Arbeitslosenproblem vor dem Internationalen Arbeitsamt.

Genf. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes ist am Sonnabend in Genf zu einer ordentlichen Tagung zusammengetreten. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die **Vorschläge**, die der Verwaltungsrat dem Europaausschuß für die Maitagung **über die Lösung des Arbeitslosenproblems** machen soll.

•

## Die Vorschläge Albert Thomas' zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Genf. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, hat dem zur Zeit tagenden Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes als Grundlage für die Vorschläge, die der Verwaltungsrat im Europa-Ausschuß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit machen soll, eine **Denkschrift** eingereicht, in der **bemerkenswerte Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** behandelt werden.

Albert Thomas macht zunächst den Vorschlag, unverzüglich eine **Europa-Arbeitsbörse zu schaffen.** Es soll sich dabei um eine Art „Clearing"-Haus zur Unterbringung der europäischen Arbeitslosen handeln. Was für den Kauf und Verkauf bestimmter Industrieerzeugnisse möglich sei, müsse eben dann auch für die Unterbringung der Arbeitslosen sowie für die Schaffung geeigneter Arbeitsbedingungen möglich sein. Eine solche europäische Arbeitsbörse würde die europäischen Völker daran gewöhnen, die **Frage der Unterbringung der Arbeitslosen als eine allgemeine europäische Frage zu betrachten.** Die europäische Arbeitsbörse könnte unverzüglich geschaffen werden. Sie würde sich durchaus im Rahmen der Gesetze der einzelnen Länder halten, in denen der Arbeitsmarkt vor einem nicht gewünschten Zufluß fremder Arbeitskräfte geschützt werde.

In der Denkschrift wird ferner zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die **Vergebung großer öffentlicher Arbeiten in gemeinsamer Zusammenarbeit der europäischen Regierungen vorgeschlagen.** Die Vergebung solcher Arbeiten würde im Interesse der einzelnen Länder liegen, da damit große Aufträge an die einzelnen Industrien verbunden wären. Ferner würde ein solches Vorgehen den großen moralischen Vorteil haben, einen „europäischen Geist" zu schaffen. Zunächst könnte zum Beispiel ein großes europäisches Straßennetz geschaffen werden, um den Anforderungen des europäischen Kraftwagenverkehrs zu entsprechen. Es könnten direkte Automobilstraßen zwischen Paris—Wien—Athen, ferner Paris—Berlin—Warschau—Moskau, eine Verkehrsstraße über die Alpen sowie eine Verkehrsstraße zwischen dem Balkan und den baltischen Ländern geschaffen werden. Weiter wird die Erweiterung des europäischen Flußnetzes durch Herstellung einer Verbindung zwischen dem Rhein und der Rhone sowie ein Anschluß des norddeutschen Flußnetzes an die Donau empfohlen. Diese Verbindungen würden zweifellos günstige Rückwirkungen auf die Entwicklung des europäischen Handels zwischen Nordeuropa und Zentraleuropa haben. In der Denkschrift wird auch die Frage einer internationalen Verteilung der elektrischen Energien berührt. Zum Schluß wird hervorgehoben, daß die bereits seit langem erörterte Frage der Einführung der automatischen Kupplung im Eisenbahnverkehr nach bisherigen Feststellungen 600 000 Arbeiter für die Dauer von fünf Jahren beschäftigen könnte.

Albert Thomas stellt abschließend fest, daß er sich lediglich **darauf beschränkt habe, unmittelbar wirksame und sofort durchführbare Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu empfehlen,** ohne weiterliegende und länger dauernde Maßnahmen, wie die Frage der Arbeitszeit und der Löhne zu behandeln. Er schlage vor, unverzüglich einen Sonderausschuß aus drei Mitgliedern des Europa-Ausschusses und drei Mitglieder des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes einzusetzen, der die Frage der Schaffung einer europäischen Arbeitsbörse wie überhaupt die Regelung der Arbeitslosenfrage in Europa zu behandeln hätte. Ein weiterer Sonderausschuß aus Vertretern des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes müßte ferner ein umfassendes Programm für die Vergebung großer öffentlicher Arbeiten in Europa ausarbeiten.

•

## Der Plan für die Schaffung des Internationalen Agrarkredit-Instituts.

Genf. Der vom Europa-Ausschuß auf der Januartagung eingesetzte **Sonderausschuß für die Agrarkreditfragen** tritt heute Montag in Genf zusammen. Der Ausschuß hat den Auftrag erhalten, dem Völkerbundsrat auf der Maitagung einen Plan für die Schaffung eines Internationalen Agrarkredit-Instituts vorzulegen. In dem Sonderausschuß sind 19 europäische Regierungen, darunter **Deutschland**, England, Frankreich, Italien, Polen, Holland, Rumänien, Bulgarien, vertreten. Dem Sonderausschuß liegt ein von einer Abordnung des Ständigen Finanzausschusses des Völkerbundes in allen Einzelheiten ausgearbeiteter Plan vor, der ein internationales Abkommen vorsieht, in dem sich die Regierungen zur **Schaffung eines Internationalen Agrarkredit-Instituts** verpflichten, ferner ein Entwurf für die Gründungsakte und das Statut dieses Kreditinstitutes. Nach dem Plane des Finanzausschusses soll das Institut in der Form einer Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 50 Millionen Dollar gegründet werden.

# Die Ziele der Deutschen Volkspartei.

## Tagung des Zentralvorstandes.

)( Berlin. Die Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei, die am Sonntag im Reichstagsgebäude stattfand, wurde vom Parteiführer, Abgeordneten Dingeldey, eröffnet, der dem Zentralvorstand die neuen

**„Kampfziele der Deutschen Volkspartei"**

vorlegte. Diese „Kampfziele" enthielten nach den Worten Dingeldeys einmal das ideologische Rüstzeug, die klare Formulierung der weltanschaulichen Grundlagen, auf denen sich die politische Arbeit der Deutschen Volkspartei aufbaue, und zum anderen eine klare Fassung der konkreten politischen Aufgaben, vor die die Partei im laufenden Jahr mit seinem zweifellos noch schweren Herbst und Winter gestellt werde. Auf Vorschlag von Geheimrat D. Dr. Kahl, M. d. R., wurden die Kampfziele vom Zentralvorstand ohne Aussprache **einstimmige angenommen.**

Der Führer der preußischen Landtagsfraktion, Abg. Stendel, sprach über den **Kampf in Preußen.** Er nahm zunächst zum Volksbegehren Stellung und betonte, daß es für die Deutsche Volkspartei keine andere Haltung geben könne, als das Volksbegehren **mit allen Kräften zu unterstützen,** nachdem sie sechs Jahre lang in einer scharfen Opposition gegenüber der preußischen Regierung gestanden habe. **Die neue Verordnung des Reiches sei für den Kampf um das Volksbegehren außerordentlich unbequem gewesen.** Die Mißgriffe verschiedener Polizeiorgane seien jedenfalls außerordentlich bedauerlich. Im übrigen habe die preußische Regierung zwar verwalten können, von regieren im eigentlichen Sinne des Wortes sei aber keine Rede. Was sie geleistet habe, sei **außerordentlich gering.** Besonders scharf kritisierte der Redner die preußische **Personalpolitik,** die letzten Endes zum Zusammenbruch des guten Beamtentums führen müsse. **Der Kampf um Preußen werde bis zu den Neuwahlen nicht mehr ruhen. Schon jetzt müsse man sich über die Kampffront klar werden. Das Ziel müsse die Schaffung einer starken bürgerlichen Regierung sein.**

### Der Parteiführer Abg. Dingeldey

sprach dann über die **politische Lage.** Er führte etwa folgendes aus: Der Winter stellte uns vor eine Fülle der schwierigsten Aufgaben. Die schwierigste war, den Haushalt des Reiches in einem Parlament, das tagtäglich durchtobt war von Störungen der Demagogie, in ruhiger sachlicher Arbeit durchzubringen. Ich habe in diesem Winter zu wiederholten Malen die Erfahrung machen können, daß das, was zwischen dem Reichskanzler und mir vereinbart wurde, von ihm restlos gehalten worden ist. Der Sinn der **Politik der volksparteilichen Reichstagsfraktion** in den letzten Monaten ist gewesen, **dem Volk die unerbittliche Wahrheit schonungslos zu zeigen und die Deckung von Fehlbeträgen durch Einnahme-Erhöhungen in Zukunft zu verhindern.** In der **nationalsozialistischen Bewegung** sehe ich eine große Gefahr für die psychischen Kräfte unseres Volkes, da diese Bewegung die nüchterne Wahrheit entweder durch die Sprache des Hasses oder durch den Traum einer ungewissen Zukunft verdunkelt. Die Ueberwindung der **Arbeitslosigkeit** ist nicht gleichbedeutend mit der Durchführung einer Herabminderung des Lebensstandards. **Wir stehen vor der Zerstörung der Grundlagen der Wirtschaft, wenn nicht Unternehmer und Arbeitnehmer den Verantwortungsmut und die Entschlossenheit finden, im gemeinschaftlichen Zusammenwirken ein System aufzubauen, das den wirtschaftlichen Tatsachen Rechnung trägt.**

Bei Erörterung der **Gemeindefinanzen** betonte Dingeldey, daß es notwendig sein werde, für die Abgrenzung der Steuerquellen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden **neue Formen** zu finden. **Alle Nöte münden in die Klage über die Lage, in die wir durch die außenpolitischen Tatsachen versetzt sind. Das System der „Unsichtbaren Besetzung" bedeutet, daß zu den zwei Milliarden Reparationen eine Zinsenlast von über 1½ Milliarde kommt. Das sind Beträge, die weit über das hinausgehen, was unsere Wirtschaft überhaupt aus sich heraus zu leisten vermag. Deshalb wird die Reichsregierung auf den Weg der Revision des Tributvertrages getrieben werden.**

**Das deutsche Volk kann es nicht verantworten, sich voraussetzungslos dem System einer westlichen Front gegen den Bolschewismus anzuschließen, wenn man ihm nicht zuvor seine Lebensfreiheit, seinen Lebensraum und seine militärische Kraft wiedergegeben hat. Wir danken unserem Außenminister, daß er zum Ausdruck gebracht hat, daß Deutschland in der Lage ist, auch außenpolitisch wieder einmal zu handeln, ohne dazu vorher die behördliche Genehmigung Briands einzuholen.**

**Das Zollabkommen mit Oesterreich ist nichts anderes, als eine wirtschaftliche Notwehrhandlung zweier Staaten, die in ihrer Lebensfähigkeit auf das ernsteste bedrängt sind. Ich habe die Hoffnung, daß Curtius in Genf sich unbeirrbar durchsetzen und auf seinem Wege verharren wird. Der schwerste Gang, der uns in der nächsten Zeit bevorsteht, ist der zur Abrüstungskonferenz. Ich hoffe, daß bei dem Besuch der deutschen Staatsmänner in England nicht nur die Frage der Zollunion, sondern in erster Linie auch die großen Zusammenhänge, der wirtschaftliche Unsinn des gegenwärtigen Verschuldungssystems und die Abrüstungsfrage mit freier Offenheit und mit dem Willen zu friedlich großzügiger Zusammenarbeit erörtert werde.**

Auf die innere Verfassung des deutschen Volkes zu sprechen kommend, sagt der Parteiführer unter anderem, heute sei festzustellen, daß den Nationalsozialisten das Ausmaß fehle, die Aufgaben zu lösen, die sie sich selbst gestellt hätten. Die Nationalsozialisten würden zu staatlichem Einfluß nur kommen, wenn sie sich an die Form menschlicher Zusammenarbeit gewöhnten, ohne die jede Zusammenarbeit ausgeschlossen sei. Im Zusammenhang mit der Erörterung von **Kulturfragen** verlangte der Parteiführer, daß auch im evangelischen Volksteil stärkere Aktivität entwickelt werde, um der kommunistischen Propaganda entgegenzutreten.

Nach einer kurzen Aussprache, in der Abg. Dr. **Witzmann-Gotha** zur **Thüringer Krise** Stellung nahm, wurde die Tagung des Zentralvorstandes geschlossen.

# Landtagswahlen in Oberösterreich.

## Namhafter Stimmengewinn der Christlich-Sozialen.

* Wien. In Oberösterreich haben am Sonntag Landtagswahlen stattgefunden. Das Ergebnis war sehr überraschend, da die **Christlich-Sozialen einen namhaften Stimmengewinn aufzuweisen haben,** während der **Heimatblock über die Hälfte seiner Stimmen verlor.** Die **Nationalsozialisten** vermochten zwar das **Stimmergebnis** der Nationalratswahlen um rund 30 v. H. zu **verbessern, konnten aber die Wahlziffern für ein Grundmandat noch nicht erreichen.**

)( Wien. Die gestern in Oberösterreich durchgeführten Landtagswahlen haben gegenüber den letzten Nationalratswahlen im November vorigen Jahres in runden Zahlen den Christlich-Sozialen einen Gewinn von 22 800 und den Nationalsozialisten einen Gewinn von 4200 Stimmen gebracht. Die Sozialdemokraten verlieren rund 7400 Stimmen, der Nationale Wirtschaftsblock und Landbund 20 900 und der Heimatblock 20 700 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war geringer als bei den Nationalratswahlen.

•

### Endgültiges Wahlergebnis in Oberösterreich.

Linz. (Funkspruch.) Die 48 Mandate im oberösterreichischen Landtag verteilen sich nach den letzten Berechnungen wie folgt: **Christlich-Soziale 28, Sozialdemokraten 15, Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund 5.**

Umgerechnet gegenüber der früheren Anzahl der Mandate im Landtag (60) gewinnen die Sozialdemokraten zwei Mandate, die Christl.-Sozialen ein Mandat; die Großdeutschen und der Landbund verlieren drei Mandate.

## Die Eintragungen zum Volksbegehren.

* Berlin. **Am gestrigen Sonntag trugen sich in Berlin insgesamt 52 355 Personen für das Volksbegehren ein. Damit haben insgesamt bis 311 069 Personen ihre Stimme abgegeben. Im Reich trugen sich bis Sonntag einschließlich ein: Königsberg: 39 712; Halle/Saale: 43 688; Frankfurt/Oder: 7 550; Düsseldorf: 24 000; Görlitz: 12 600; Stettin: 21 112 Personen.**